

2 Forschungsstand

2.1 Forschung zu MOs und MO-Bestandsaufnahmen

In Deutschland etabliert sich während der 1980er Jahre – parallel zur schrittweisen Anerkennung der Einwanderungswirklichkeit (Eckardt 2007, S. 235) – eine wissenschaftliche Debatte um die Lebensbedingungen der eingewanderten Bevölkerung. MOs spielen in diesem Zusammenhang von Anfang an eine wichtige Rolle. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der „Esser-Elwert-Kontroverse“ zu Beginn der 1980er Jahre, bei der sich ein Verständnis von MOs als Wegbereiterinnen für die Entstehung integrationshemmender „ethnischer Kolonien“ (siehe Esser 1980; 1986) und die These einer grundsätzlich positiven Wirkung von MOs durch „Binnenintegration“ (siehe Elwert 1982, S. 718) gegenüberstehen. Dabei fußt diese in Deutschland „beinahe ideologisch anmutenden Kontroverse“ (Hoesch 2018, S. 101) auf älteren, aus dem US-amerikanischen Kontext stammenden Diskussionen um die *ethnic mobility trap* (siehe Wiley 1967). Im Ergebnis werden MOs in der deutschen Debatte, ob nun im Kontext assimilativer oder binnenintegrativer Ansätze, als wichtige Akteurinnen in Integrationsprozessen verstanden. Dabei sind der akademische und der politische Diskurs verschränkt: Die Auseinandersetzung darüber, unter welchen Bedingungen die gesellschafts-politische und institutionelle Einbindung von MOs einen positiven Effekt auf Integration und Zusammenleben hat, ist ein wichtiger Impulsgeber für die Migrationsforschung (vgl. Halm/Sauer 2020).

Dabei werden MOs zunächst als Vertreterinnen bestimmter nationaler Herkünfte verstanden (vgl. Pries 2010, S. 18). Im Zuge der Multikulturalismus-Debatte differenziert sich dann ab den 1990er Jahren diese von nationalen Paradigmen dominierte Sicht auf die Organisationen (vgl. Eckardt 2007, S. 235; vgl. Canan 2015, S. 39–49). So werden MOs zunehmend bezüglich ihrer gesellschaftlichen Funktionen analysiert (siehe u. a. Puskepeleit/Thränhardt 1990; Weiss/Thränhardt 2005; Pries/Sezgin 2012; Rose-now-Williams 2012), die nationale Herkunft von MOs verliert im intergenerationalen Wandel an Bedeutung und Versuche, generalisierende Aussagen über die Sozialintegrationswirkung von MOs zu treffen, treten in den Hintergrund (vgl. Halm/Sauer 2020). Vielmehr wird die Bildung von MOs gedeutet als

Verdichtungsprozesse von relativ dauerhaften sozialen Beziehungen, sozialen Netzwerken und Sozialräumen, die lokal in verschiedenen Nationalgesellschaften verankert sind und kein einheitliches Zentrum aufweisen (Pries 2013, S. 890).

Die Auseinandersetzung mit den Folgen zeitgleicher Verflechtungen in Herkunfts- und Aufnahmekontexten (siehe Faist et al. 2014; Pries 2003, S. 25) und in der Folge auch die Bedeutung grenzüberschreitender sozialer Räume verändern den Blick auf MOs maßgeblich, wobei die kritische Auseinandersetzung mit der (des)integrativen Wirkung der Organisationen mitunter durchaus eine Fortschreibung unter transnationalen Vorzeichen erfährt – etwa dahingehend, wie sich grenzüberschreitende und ankunftslandbezogene Aktivitäten von MOs zueinander verhalten (siehe u. a. Koopmans/Statham 2001).

Insgesamt sind die Potenziale von MOs bei integrationspolitischen Akteuren heute jedoch weitgehend anerkannt. Wachsende Teilhabemöglichkeiten von MOs sind dabei aber nicht automatisch mit breiter öffentlicher Anerkennung verbunden, was nicht selten mit der oben skizzierten, auch durch die Forschung aufgegriffenen Skepsis hinsichtlich transnationaler Aktivitäten und Loyalitäten zu tun hat. Die jüngeren Diskussionen um den wohl mitgliederstärksten muslimischen Einzelverband in Deutschland, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), verdeutlichen dies: Obwohl der Moscheeverband bereits früh als (eher inoffizieller) Partner bei der Bewältigung integrationspolitischer Steuerungsaufgaben angesehen wurde (vgl. Blätte 2014, S. 141–142), war er spätestens ab 2016 – in der Folge der bilateralen Spannungen zwischen Deutschland und der Türkei – Gegenstand politischer Kontroversen. Grundsätzlich ging es hier um die Nähe des Verbandes zur türkischen Regierung und eine Außenlenkung im Sinne Ankaras. Insbesondere erwachsen hieraus aufgrund teils massiven öffentlichen Rechtfertigungsdrucks Schwierigkeiten für die Organisation islamischen Religionsunterrichts in den Ländern, soweit die DITIB in Gremien den Unterricht mitverantwortete.

Die (medial vermittelte) öffentliche Wahrnehmung hat also beträchtlichen Einfluss auf die Teilhabemöglichkeiten von MOs.

Zugleich zeigen verschiedene Studien zum Organisationshandeln migrantischer Verbände in Deutschland, dass offizielle Außendarstellungen keinen unmittelbaren Aufschluss über eigentliche Organisationsziele geben müssen. Dies wird wiederum an den türkeistämmigen Verbänden deutlich, die zur zeitgleichen Nutzung von Anschlussmöglichkeiten in Herkunfts-

wie Aufnahmekontexten tendieren können (vgl. Halm/Söylemez 2017, S. 249).

Entsprechend der gewachsenen politischen Bedeutung gab es vermehrt Versuche von Bestandsaufnahmen der MOs in Deutschland, auf unterschiedlichen Ebenen: Lokale Integrationsakteure der Kommunen oder des Dritten Sektors verschafften sich eine Übersicht über mögliche Partner vor Ort, wobei der Bedarf an Kooperation und Expertise der MOs im Zuge des *Sommers der Migration* 2015 erheblich gestiegen ist (Meyer/Ziegler 2018, S. 18). Auch auf Länder- und Bundesebene gab es in jüngerer Zeit Bestandsaufnahmen des MO-Feldes, die aber oft vor dem Hintergrund bestimmter politischer Aufgabenstellungen entstanden sind. So beschränken sich die im Rahmen der DIK realisierten, bundesweiten Studien auf muslimische einschließlich alevitische Organisationen vor dem Hintergrund der Förderung sozialer Dienstleistungen (siehe Halm/Sauer 2012; Halm/Sauer 2015). Halm et al. (2020) ergänzen diese Studien um säkulare MOs, aber mit einer Überrepräsentanz von Organisationen, die Dachverbänden der Wohlfahrtspflege angehören. Die Bestandsaufnahme von Reinicke et al. (2010) rückt speziell die Selbstorganisation von *Migrantinnen* in den Fokus.

Jenseits solcher thematischer Schwerpunktsetzungen haben Friedrichs et al. (2020) vom Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) eine Bestandsaufnahme von MOs in vier deutschen Bundesländern vorgelegt, darunter NRW, die die Struktur des Organisationsfeldes, das Tätigkeitsspektrum sowie die gesellschaftliche Vernetzung fokussiert. Das damalige Zentrum für Türkeistudien und das Institut für Politikwissenschaft (IfPol) der Universität Münster hatten für NRW bereits 1999 ein MO-Verzeichnis inklusive Identifikation von Dachverbandszugehörigkeiten vorgelegt, das aber inzwischen veraltet ist (siehe ZfT/IfPol 1999). Ebenso ist ein Inventar der MOs in Deutschland von Hunger (2005), basierend auf einer Auswertung des Ausländervereinsregisters mit dem Ergebnis von rund 16.000 Organisationen, inzwischen überholt, wobei zu beachten ist, dass das MO-Feld sich angesichts neuer Migrationen und von Sozialintegrationsprozessen durch große Dynamik auszeichnet. Dass bei Friedrichs et al. (2020, S. 19) 50 % der befragten Organisationen nach dem Jahr 2004 gegründet wurden, wirft ein Schlaglicht hierauf. In dieser Studie wird auf Basis einer Hochrechnung der Organisationen in den vier untersuchten Bundesländern ein Korridor von 12.400 bis 14.300 Organisationen in Deutschland angegeben, während der ZiviZ-Survey auf Grundlage einer Durchsicht des Vereinsregisters auf gut 17.000 MOs kommt (vgl. Priemer et al. 2017). Dabei ist davon auszugehen, dass die breite Mehrheit der

MOs in Deutschland in Vereinsform organisiert ist (Friedrichs et al. 2020, S. 12). Die Organisationen sind selbstverständlich sehr divers, gemessen an den Merkmalen Herkunftshomogenität vs. -heterogenität, Aktivitäten, Zielsetzungen, Bestandsdauern, Aktionsradien, Größe, interne Struktur und Vernetzung nach außen.

Für die Daten der Studie von Friedrichs et al. (2020) existiert eine Sonderauswertung für NRW. Diese ist auch in einen Bericht des MKFFI NRW eingeflossen, der aber hauptsächlich auf einer Onlinebefragung von 94 der 278 in der Periode 2016–2017 durch das Land geförderten MOs beruht (siehe MKFFI NRW 2021a). In NRW befinden sich, gemessen am Anteil der Bevölkerung mit Einwanderungsschichte, überproportional viele der MOs in Deutschland (MKFFI NRW 2021a, S. 7–8). NRW ist damit ein besonderes Zentrum migrantischer Organisation.¹

2.2 Bestandsaufnahmen von Verbänden

Die vorliegende Studie untersucht gezielt Verbandsstrukturen und damit einen eher kleinen Ausschnitt der MO-Landschaft. Soweit der Forschungsstand oben skizziert wurde, so ist die besondere Qualität von Verbändehandeln auf dem MO-Feld selten Gegenstand, obwohl bei einem Vergleich der Mobilisierungs- und Einflussmöglichkeiten von Einzelorganisationen vs. Verbandsformationen erhebliche Unterschiede sichtbar werden. Verbände vertreten einzelorganisationsübergreifende Interessen und nehmen öffentliche Funktionen wahr (Rudzio 2003, S. 89), was in migrations-/integrations-spezifischen Kontexten z. B. im Rahmen des NAP oder der DIK stattfindet. Die institutionelle Anerkennung ist im Falle verbandlicher Organisationsformen also potenziell weitaus stärker ausgeprägt und die Modellierung von Organisationshandeln aufgrund der in den Verbänden stattfindenden Interessenaggregation komplexer (aber nicht unbedingt grundsätzlich anders). Die Forschung zu MOs behandelt diese Unterschiede zwischen Verbänden und Einzelorganisationen eher implizit, d. h., je mehr Interessenvertretung Teil der Fragestellung ist, desto häufiger werden auch Verbandsstrukturen zum faktischen Analysegegenstand.

Analog weist Klie darauf hin, dass MOs trotz ihrer Anerkennung als wichtige integrationspolitische Akteurinnen in der politikwissenschaftli-

1 Rund 30 % der MOs befinden sich in NRW, aber nur rund 25 % der Menschen mit Einwanderungsgeschichte (MKFFI NRW 2021a, S. 8).

chen Verbändeforschung nicht gesondert berücksichtigt werden (2020, S. 38). Dabei stehen Migrant*innen und ihre Organisationen dem Problem gegenüber, dass sie im Zusammenwirken mit nicht-migrantischen Verbänden nur geringen Einfluss auf die Willensbildung zu einem gemeinsamen gesellschaftlichen Problem haben (Koch-Baumgarten 2010, S. 245).

Insgesamt ist das Wissen um die Beschaffenheit des MO-Feldes in Deutschland stark durch die Perspektive auf die Organisationen als integrations- oder auch religionspolitische Partnerinnen geprägt, wobei diese Perspektive mit den oben bereits angesprochenen politischen Prioritäten der MO-Förderung korrespondiert. In Befragungen von MOs wird zwar auch immer wieder thematisiert, inwiefern sich diese als Interessenvertreterinnen verstehen, und in der Tat kommt diesem Aspekt im Selbstverständnis der MOs zentrale Bedeutung zu (vgl. Friedrichs et al. 2020, S. 33), allerdings sind die diesbezüglichen Befunde schwer zu interpretieren. Explizit politische Interessenvertretung wird in MO-Befragungen seltener angegeben als Interessenvertretung im Allgemeinen (vgl. Halm et al. 2020, S. 44–45; Friedrichs et al. 2020, S. 23), womit dann aber die Frage verbunden ist, wo bei der Interessenvertretung das Politische eigentlich aufhört.

Eine Perspektive, die an den Organisationscharakteristika der MOs ansetzt und versucht, verbandliche Strukturen zu identifizieren, fehlt bisher weitgehend. Das zentrale formale Merkmal für einen Verband dürfte dabei sein, inwiefern institutionelle Mitglieder organisiert werden.

Der Bezug auf diese Gruppe von Organisationen ist eine lohnende Annäherung an die Frage der Interessenvertretung, da davon auszugehen ist, dass Verbände im Sinne des Zusammenschlusses von Mitgliedsorganisationen eben zum Zweck der (politischen) Interessenvertretung entstehen. Die oben erwähnten Bestandsaufnahmen streifen dies mitunter am Rande. So basieren die Erhebungen von Halm/Sauer (2015, muslimische einschließlich alevitische Gemeinden) und Halm et al. (2020 säkulare Wohlfahrtspflegeorganisationen) auf der Befragung von Organisationen mit Mitgliedschaft in bestimmten Verbänden, wobei diese Verbände dann auch gesondeter Befragungsgegenstand waren. Reinecke et al. (2010) beschäftigen sich in ihrer Befragung mit der Verbandsmitgliedschaft und ihren Funktionen aus Sicht der MOs (nur Frauenorganisationen), Friedrichs et al. (2020) beziehen dabei zusätzlich die Perspektive der Verbände ein. Übereinstimmend kommen diese beiden Studien auf einen Anteil von zwei Dritteln der MOs, die in einem Dachverband organisiert sind (Reinecke et al. 2010, S. 35; Friedrichs et al. 2020, S. 54). Die beiden Studien geben auch Hinweise auf die verbandliche Organisationsstruktur, dahingehend, dass die Hälfte

der MOs Mitglieder von Verbänden sind, die explizit MOs vertreten. Ein knappes Viertel davon ist in Wohlfahrtsverbänden organisiert, wobei aufgrund der besonderen Struktur als Zusammenschluss eigenständiger Mitglieder hier insbesondere der Paritätische von Bedeutung ist. Nicht-migrationsbezogene Fachverbände spielen demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle (vgl. Friedrichs et al. 2020, S. 54–55), womit zunächst naheliegt, dass MO- und Wohlfahrtsverbände, einschließlich religiöser Verbände (zuvorderst muslimische), das Feld migrationsbezogener Interessenvertretung weitgehend abdecken. Selbst unter den *Migrantinnen*organisationen bei Reinecke et al. (2010, S. 35) sind nur 6 % in nicht-migrationsbezogenen Frauenverbänden organisiert. Dabei sind landesweite Vereinigungen mit 47 % die häufigsten Organisationsarten, gefolgt von bundesweiten und lokalen Zusammenschlüssen (Friedrichs et al. 2020, S. 54).

Die vorliegende Studie mit ihrem Fokus auf MO-Verbänden in NRW beschäftigt sich also mit einem wesentlichen Teil der dortigen verbandlichen Interessenvertretung von MOs.

Allerdings ist bemerkenswert, dass in der Auswertung des MKFFI NRW (2021a, S. 19) zu den landesgeförderten Organisationen zwar auch die MO-Verbände und die Wohlfahrtsverbände als Dachorganisationen am wichtigsten sind und auch hier zwei Drittel der MOs in Dachverbänden organisiert sind, sich die Gewichtung aber in Richtung der Wohlfahrtsverbände verschiebt (immerhin 35 % Mitgliedschaft gegenüber 39 % in MO-Verbänden) und die Bedeutung insbesondere nicht-migrationsbezogener Jugendverbände (10 %) nicht so marginal ist wie in den Studien zu MOs insgesamt (also zu Organisationen unabhängig von der Inanspruchnahme öffentlicher Förderung). Die MO-Landesförderung scheint also mit einer Orientierung in Richtung einer Mitgliedschaft der MOs in nicht-migrantisches Dachverbänden im Zusammenhang zu stehen.

Bei Friedrichs et al. (2020, S. 55) zeigt sich aber auch, dass Organisationen, die Interessenvertretung allgemein oder explizit politische Interessenvertretung zu ihren Aufgaben zählen, nicht überproportional häufig verbandlich organisiert sind, was die Autor*innen damit erklären, dass aus Sicht der Mitglieder die Hauptfunktion der Zusammenschlüsse nicht die Interessenvertretung, sondern die Informationsvermittlung und Vernetzung ist. Dabei gibt es Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Verbänden und den Mitgliedsorganisationen hinsichtlich der Interessenvertretung: Die Verbände glauben deutlich häufiger, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten als die Mitglieder selbst dies angeben. Dies ist allerdings wohl ein Befund, der nicht nur für das migrantische Organisationsfeld

gelten muss. Hintergrund ist, dass die Konstruktion von Problemen und in der Folge von diesbezüglichen Interessen als integraler Bestandteil der Schaffung von Legitimität durch Verbände erscheint (vgl. Groenemeyer 2010) und damit Wahrnehmungsunterschiede zwischen Verbänden und Mitgliedsorganisationen zwangsläufig sind.

Bei Halm et al. (2020, S.113–114) steht aber auch zur Diskussion, ob die Verbände als Vertretung von oft durch Multifunktionalität geprägten MOs mit besonders vielen Herausforderungen und Aufgaben konfrontiert sind, worunter die (politische) Interessenvertretung *de facto* leiden kann.

Jenseits der oben dargestellten Studien existiert aus dem Jahr 2011 noch ein Verzeichnis überregional tätiger Verbände mit kurzer Darstellung von u. a. Tätigkeiten, Gründungsgeschichte und Mitgliederstruktur, das für die Recherche im hier berichteten Projekt hinzugezogen wird (siehe Keser 2011). Mualem Sultan (2022) identifiziert außerdem auf Bundesebene 31 Dachverbände von MOs, wobei die Definition hier auf Organisationsverbände nichtwirtschaftlicher, sozialpolitischer Interessenvertretung abzielt (S. 10, S. 31–32). Die Autorin verweist auf eine ausgeprägte Diversität selbst unter diesen (wenigen) Verbänden, die sich in drei Dimensionen zeigt (vgl. S. 5):

1. Möglichst breite Vertretung von MOs und migrationsbezogenen Interessen vs. Spezialisierung
2. Stark ausgeprägte gesamtgesellschaftliche Interessenvertretung vs. Partikularinteressen
3. Anspruch an Interessenvertretung durch direkten Einbezug in politische Entscheidungsprozesse vs. diskursiver Einfluss/alternative Formen der Interessenvertretung

Dabei bilden diese Dimensionen nur den Aspekt der politischen Interessenvertretung ab, während das Bild bei einer Betrachtung der weiteren Funktionen und Ziele der Verbände (Dienstleistungen für Mitglieder, Vernetzung) noch differenzierter würde.

2.3 Interessenvertretung

Ungeachtet möglicher Desiderate der Interessenvertretung von MOs und ihren Verbänden belegen Moutselos/Schönwälder (2021) auf kommunaler Ebene eine ausgeprägte Berücksichtigung von MOs in Governance-Prozessen (wobei hier nicht nach dem Verbandscharakter der Organisationen

differenziert wird). Die Autor*innen untersuchen vergleichend die Situation in Deutschland und Frankreich, wobei für Deutschland die Erhebung unter Kommunalpolitik, Verwaltung, Drittem Sektor, Arbeitsmarktakteuren und weiteren Befragten im Jahr 2016 (und damit zur Zeit der Herausforderungen der Integration von Geflüchteten) 20 Großstädte einbezieht. Hier zeigt sich, dass die Hälfte der Akteure regelmäßig mit Vertretungen von Eingewanderten kooperiert, wobei eine solche Zusammenarbeit durch die Existenz von Integrationsräten in den Städten begünstigt wird, ebenso wie durch die Verfolgung von Governance-Ansätzen im Allgemeinen, die sich um die Einbindung der lokalen Zivilgesellschaft bemühen. Neben der Kommunalpolitik und -verwaltung kommt auch dem Dritten Sektor eine wichtige Funktion als Schnittstelle zu den MOs zu.

Angesichts der Überlegungen von Mualem Sultan (2022) zu den sehr unterschiedlichen Ansprüchen an und Strategien von Interessenvertretung durch migrationsbezogene Verbände ist allgemein festzuhalten, dass auch die Messung des Erfolgs oder Misserfolgs ihrer Interessenvertretung nur bedingt möglich und voraussetzungsvoll ist.

2.4 Grenzüberschreitende Orientierungen

Die Beschäftigung mit der Interessenvertretung durch MOs bzw. ihre Verbände muss den potenziell grenzüberschreitenden Charakter der Organisationen ins Kalkül ziehen. In dieser Hinsicht unterscheiden sich MOs grundsätzlich von den meisten anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, deren Ziele und Aktivitäten in der Regel im nationalen, regionalen oder lokalen Rahmen zu fassen sind.

Als unmittelbar aus grenzüberschreitender Wanderung resultierende Organisationen können MOs in vielerlei Hinsicht transnational agieren, etwa durch die Organisation von Opposition gegenüber repressiven Herkunftslandregimen, als Parteiorganisationen, mit dem Ziel der Entwicklungshilfe im Herkunftsland, zur Organisation von Rücküberweisungen, durch den Austausch respektive die Vermittlung von Personal (man denke an die Imame in den muslimischen Gemeinden) oder schlicht als Kultur- und Brauchtumsvereine, die der Aufrechterhaltung von Herkunftsbindungen der eigenen Klientel dienen (vgl. Halm/Sauer 2022). Fragen wir folgend nach den Bestimmungsfaktoren für das Organisationshandeln, so ist die transnationale Option also immer mitzudenken. Im Falle von MOs sind also z. B. politische Opportunitätsstrukturen und ihre Folgen für das Orga-

nisationshandeln nochmals schwerer zu bestimmen als in mononationalen Zusammenhängen.

Der grenzüberschreitende Charakter von MOs ist insofern als wichtiges Merkmal bei der Strukturierung des Feldes zu berücksichtigen. Ausgehend hiervon findet sich bei Halm/Sauer (2020, S. 5–6) eine auf Fauser (siehe 2013, S. 53–55) basierende Typologie, die auf der Unterscheidung grenzüberschreitender Ziele einerseits und grenzüberschreitender Aktivitäten andererseits beruht:²

- **nationale Einwandererorganisationen**, die gesellschaftliche Teilhabe im Ankunftsland fördern (wollen).
- **transnationale Einwandererorganisationen**, die über die Einflussnahme auf Herkunftsländer die Situation von Eingewanderten in den Ankunftsändern verbessern wollen (z. B. bezogen auf aufenthalts- oder staatsangehörigkeitsrechtliche Fragen); dieser Typus schließt auch Organisationen ein, die zwischenstaatliche Migrationsprozesse ermöglichen oder erleichtern wollen.
- **nationale Diaspora-Organisationen**, die durch politische Arbeit im Ankunftsland Veränderungen im Herkunftsland bewirken wollen; oftmals oppositionelle Gruppen, denen effektive grenzüberschreitende Einflussmöglichkeiten fehlen.
- **transnationale Diaspora-Organisationen**, die an die Herkunftsgesellschaften angebunden sind und dort, wie ggf. auch im Ankunftsland, politischen Einfluss bezüglich bestimmter herkunftslandspezifischer Interessen nehmen (wollen). Solche Organisationen sind auch im Zuge der Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Herkunftsländer von Bedeutung.

Bei Koopmans/Statham (2001) wird deutlich, dass grenzüberschreitende Charakteristika von MOs von Migrations- und Integrationsregimen abhängen, so vom Staatsangehörigkeitsrecht und den (national bestimmten) politischen Gelegenheitsstrukturen für die Organisationen. Insofern bestehen komplizierte Zusammenhänge zwischen der nationalen und der grenzüberschreitenden Ebene. Prozesse auf dem Organisationsfeld können also auch widersprüchlich sein, wie z. B. die Gleichzeitigkeit zunehmender Multikul-

2 Da es sich hier um Idealtypen handelt, sollten sie in der Realität als Mischformen auftreten. Alternative Herangehensweisen stellen eher die Ausprägung transnationaler Organisationsstrukturen einschließlich der grenzüberschreitenden Koordinierungsfähigkeit in den Mittelpunkt (siehe Pries/Sezgin 2012).

turalität von MOs im intergenerationalen Wandel (die Herkunftslandkontakte unwahrscheinlicher macht) einerseits und allgemeine Transnationalisierungsentwicklungen andererseits. Zugleich ist das MO-Feld dynamisch, indem fortschreitende Sozialintegration begünstigt, dass Organisationen ggf. verschwinden und Flucht und Neuzuwanderung neue Organisationen entstehen lassen. Dies alles führt dazu, dass kaum allgemeine Aussagen über das Verhältnis nationaler und transnationaler Einflüsse auf die MOs möglich sind (vgl. Halm/Sauer 2022, S. 4).

Geht man von der Bestandsaufnahme von Halm et al. (2020) bzw. Halm/Sauer (2022)³ aus, so zeigt sich allerdings ein recht deutlicher Trend dahingehend, dass für säkulare MOs in Deutschland der transnationale Aspekt schwindet und heute leicht überschätzt werden kann. Insbesondere zeigen sich MOs ausgesprochen responsiv gegenüber in jüngerer Zeit verbesserten Beteiligungschancen (so durch den NAP oder auch die MO-Förderung in NRW), etwa ablesbar an der verbreiteten Inanspruchnahme öffentlicher Förderung, während eine wachsende Multikulturalität der Organisationen die eindimensionale „Herkunftslandorientierung“ konterkariert. Dabei ist offen, ob dieser Befund so auch auf religiöse Organisationen übertragbar ist, deren Verflechtung mit Politik und Gesellschaft in Deutschland über Kooperationen und Finanzierung deutlich schwächer ist (vgl. Halm et al. 2020, S. 68) und die in der theologischen Entwicklung und personell von den Herkunftsländern abhängen können.

2.5 Erklärung von Organisationshandeln

Die bisherige Darstellung macht bereits deutlich, wie heterogen das MO-Feld ist, wobei nicht nur *situative* Faktoren je nach Organisation variieren, sondern sich Organisationen auch in unterschiedlichen politisch-*strukturellen* Kontexten bewegen können. Entsprechend schwierig ist eine Modellierung des Organisations- bzw. Verbändehandelns in migrationsbezogenen Zusammenhängen.

In der vorliegenden Studie konzentrieren wir uns auf die variierenden situativen Einflussfaktoren, da aufgrund des Fokus auf NRW einheitliche strukturelle Voraussetzungen anzunehmen sind, also einheitliche Gesetz-

3 Bei diesem Aufsatz handelt es sich um eine Auswertung der Daten aus Halm et al. (2020) im Hinblick auf grenzüberschreitende Ziele und Aktivitäten der befragten Organisationen.

gebung und politisch-institutionelle Bedingungen. In Bezug auf situative Einflüsse hingegen unterscheiden sich die Verbände maßgeblich (z. B. Bedeutung der Herkunftsbezüge, Organisationsalter, Klientel, Ressourcen usw.).

Für die Modellierung des Handelns einschließlich der Interessenvertretung von MO-Verbänden sind folgende von Pries (vgl. 2010, S. 20) herausgearbeiteten situativen Merkmale potenziell von Bedeutung, die für Verbände insgesamt gelten, mit Blick auf MOs aber spezifische Ausprägungen erfahren:

(1) *Multidimensionalität der Aufgabenfelder*

MOs haben oftmals vielfältige Aufgaben, die sich daraus ergeben, dass sie gerade in der ersten Phase des Ankommens Hilfestellungen für ihre Klientel in vielen Lebensbereichen geben müssen. Im Zeitverlauf können sich hier Änderungen ergeben, in Reaktion auf gesellschaftliche Entwicklungen (z. B. Flüchtlingskrise, Hassverbrechen oder auch die Coronakrise), aufgrund von sich wandelnden Klientelinteressen (z. B. im Zuge fortschreitender Sozialintegration), durch die Entstehung neuer institutioneller Teilhabemöglichkeiten oder weitere Veränderungen (z. B. Finanzierung der Organisation). *Materielle* Einflüsse können die Umdisponierung von Ressourcen nach sich ziehen oder zu strategischen Abwägungen mit Blick auf die Nutzung politischer Gelegenheitsstrukturen führen.

(2) *Wechselwirkung mit der Umwelt*

Als zivilgesellschaftliche Akteurinnen der Meso-Ebene besteht eine naturgemäß enge Wechselwirkung zwischen MOs und ihrer Umwelt. Die öffentliche Wahrnehmung von MOs kann insofern Zugangs- und Teilhabechancen beeinflussen. Anders als materielle Veränderungen, z. B. von Aufgabenfeldern, können sich diese – zumeist durch den Hegemonialdiskurs vermittelten – *immateriellen* Faktoren unterschwellig auf Organisationshandlungen auswirken, wie z. B. auf die öffentliche Selbstdarstellung oder die adressat*innenorientierte Außenkommunikation.

(3) *Transnationalität*

Aufgrund transnationaler Bezüge unterliegen die Handlungen von MOs – in Reaktion auf materielle wie immaterielle Einflüsse – Abwägungen unter transnationalen Bedingungen. Dies schließt auch supranationale Kontexte (insbesondere die EU) ein.

Ausgehend von diesen allgemeinen Überlegungen gilt es nun, das Verbändehandeln so zu modellieren, dass die Ableitung von Hypothesen möglich wird, die im Rahmen der vorliegenden Studie operationalisiert werden können. Wir hatten oben bereits darauf hingewiesen, dass in der Forschung zu MOs ein spezifischer Verbandscharakter selten systematisch betrachtet wird. Die folgende Anwendung allgemeiner organisationstheoretischer Überlegungen auf den Gegenstand des migrationsbezogenen Verbands zeigt jedoch, dass in Anbetracht der zentralen Bedeutung von Aspekten wie politische Gelegenheitsstrukturen und Interessenvertretung eine Erfassung des Organisationshandelns unter Berücksichtigung des spezifischen Verbandscharakters durch die Organisationstheorie sogar besonders gut möglich ist.

Eine wichtige Grundlage für die Erklärung des Zusammenwirkens verschiedener Einflüsse auf das Organisationshandeln ist der durch Meyer und Rowan entwickelte **Soziologische Neo-Institutionalismus**. Dieses Konzept fußt auf der zentralen Annahme, dass Organisationen nicht das Ergebnis rationaler Entscheidungen sind, sondern im Kern soziale und kulturelle Konstrukte darstellen, in denen sich durch die Routine von Handlungen institutionalisierte gesellschaftliche Erwartungshaltungen abbilden (vgl. Meyer/Rowan 1977). Dem liegt wiederum die Vorstellung zugrunde, dass das Überleben von (privaten) Organisationen durch die ihnen zugeschriebene Legitimität bestimmt wird, was im Umkehrschluss die Herleitung und Aufrechterhaltung von Legitimität zu einer Grundvoraussetzung ihrer Existenz macht (vgl. Sandhu 2012, S. 75). Insofern wird die Möglichkeit einer Organisation, als Interessenvertretung zu fungieren, durch ihre Fähigkeit zur Anpassung an Umweltbedingungen bestimmt (vgl. Meyer/Rowan 1991, S. 53). Der Aspekt der Legitimität – als sozial konstruierter Zustand – nährt sich in diesem Zusammenhang aus zwei zentralen Quellen: der Erfüllung von Erwartungshaltungen der institutionellen Umwelt (z. B. staatlicher Akteure) und der Bedienung jener Klientelinteressen, als deren Vertreterin die Organisation auftritt (vgl. Rosenow 2010, S. 172).

Mit Blick auf die Forschung zu MOs weist Pries darauf hin, dass die neo-institutionalistische Organisationstheorie hier besonders fruchtbar ist, da sie über den Zugang des *organisationalen Feldes* Möglichkeiten bietet, die Multidimensionalität und Komplexität von MO-Handlungskontexten abzubilden (vgl. Pries 2010, S. 39).

Der Zusammenhang zwischen äußeren Erwartungshaltungen und der Organisationslegitimität spielt also für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit internen und externen Handlungspraktiken von MOs eine

wichtige Rolle. Auch für Deutschland zeigen verschiedene Studien, dass sich Verbände von Eingewanderten auf ihre Umwelt und dort befindliche strukturierte Möglichkeitsräume einstellen (siehe Soysal 1994; Koopmans/Statham 2001; Koenig 2005). Pries und Sezgin verweisen in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung von Grunddilemmata des Organisationshandelns, wie die Entscheidung zwischen Mitglieder- vs. Einflusslogik, also zwischen der Legitimität des Organisationshandelns gegenüber den Mitgliedern oder der vertretenen Klientel vs. der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der Organisation (vgl. Pries/Sezgin 2012, S. 13).

Die Folge dieser Dilemmata – und hier verlassen wir die rein sozialkonstruktivistische Logik und beziehen den Aspekt des **rationalen Handelns** in Organisationen ein – ist eine abwägende Nutzung von politischen Gelegenheitsstrukturen aufgrund der Moderation von Mitglieder- und Einflusslogik. Die Arbeiten von Vermeulen (2005) und Kortmann (2011) zeigen, dass das Alter und der Etablierungsgrad der Organisation eine wichtige Rolle dabei spielen, zu welcher Logik sie in der Nutzung von politischen Gelegenheitsstrukturen tendieren. Insbesondere bei Organisationen mit gefestigter Basis ist davon auszugehen, dass auch in der eigenen Klientel unpopuläre Positionen zugunsten eines größeren gesamtgesellschaftlichen Einflusses eingenommen werden können. Bei jungen Organisationen, die über keine gefestigte Klientelbasis verfügen, dürfte das eher nicht der Fall sein. So setzen jüngere MOs mit noch loser Klientelbindung auf – teilweise identitäre – Mitgliederlogiken zu Ungunsten von gesamtgesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten (vgl. Halm/Söylemez 2017, S. 247–249).

Ob und inwiefern MOs ihre Legitimität gleichzeitig in aufnahme- und/oder herkunftsgesellschaftlichen Kontexten herstellen (also inwiefern die oben referierten transnationalen Organisationstypen nach Halm/Sauer 2020 empirisch von Belang sind) hängt – wie Halm/Sauer (2022) aufzeigen – von mehreren Faktoren ab. Dazu zählt etwa, inwiefern sich die Organisationen überhaupt auf eine bestimmte Herkunft beziehen oder eher multikulturell geprägt sind. Wichtig sind auch Aufenthaltsdauern und der Sozialintegrationsprozess der vertretenen Klientel (der aber auch keinen eindeutigen Effekt haben muss, da politische Interessen am Herkunftsland nicht zwingend im Zusammenhang mit der Sozialintegration stehen, vgl. Sauer/Halm 2018). Zugleich sollten aber auch Legitimitätsersparungen im Ankunftsland eine Rolle spielen, und diesbezüglich wurde oben bereits darauf hingewiesen, dass mit transnationalen Orientierungen von MOs Desintegrationsdebatten verknüpft sein können.

In welchem Umfang auch immer, der Forschungsstand zeigt, dass politische Gelegenheitsstrukturen der Herkunftsländer für MOs in Deutschland durchaus eine Rolle spielen können (siehe Ögelman 2003; Østergaard-Nielsen 2003). Und jenseits der skizzierten Einflussfaktoren stehen auf einer praktischen Ebene grenzüberschreitende Aktivitäten und Ziele im Zusammenhang mit herkunftslandbezogenen institutionellen oder Organisationsnetzwerken. Organisationen, die als Ableger politischer Formationen des Herkunftsstaates fungieren, sind so z. B. vergleichsweise empfänglich für entsprechende grenzüberschreitende Anreize.

Die Möglichkeit des Zugriffs auf transnationale Gelegenheitsstrukturen erscheint gerade aus einer verbandsökonomischen Perspektive bedeutsam, denn neben der Generierung von Legitimität sind MOs – wie alle anderen Organisationen auch – auf die Finanzierung ihrer Strukturen angewiesen. So hängen die Handlungsmöglichkeiten einer Organisation im politischen Prozess maßgeblich von ihrer Ressourcenausstattung ab. Blätte hält in diesem Zusammenhang fest, dass z. B. ohne einen professionalisierten Bürokratieapparat die effektive Vertretung von Interessen nur sehr eingeschränkt möglich ist, wobei der Aufbau eben jenes Apparates den Zugriff auf erhebliche finanzielle Mittel erfordert (2011, S. 226). Dabei bestimmt die Finanzierungsstrategie den Grad der Autonomie von MO-Verbänden gegenüber staatlichen Strukturierungsversuchen und kann somit auch Einfluss auf das Entscheidungsverhalten in aufnahme- und herkunftsbezogenen Gelegenheitsstrukturen nehmen (ebd., S. 221). In seiner Studie zur Finanzierung von islamischen Verbänden in Deutschland stellt Blätte z. B. fest, dass diese über weitreichende Fähigkeiten zur endogenen, aber auch (mitunter transnational) exogenen Ressourcenbildung verfügen und daher nicht in einer Abhängigkeit von öffentlichen Akteuren des Aufnahmekontextes stehen (ebd., S. 231).

Ein Spezialfall, der aber gerade bei transnationalen MOs häufig vorkommen könnte, ist die Strategie der Entkopplung. Die organisationssoziologischen Analysen Rosenows (siehe 2010; Rosenow-Williams 2013) für den deutschen Kontext – insbesondere am Beispiel des türkeistämmigen Moscheeverbands DITIB – zeigen, dass diese Strategie als Kompromiss zwischen Isomorphie, also der Anpassung an Erwartungshaltungen des Aufnahmekontextes (siehe DiMaggio/Powell 1983, zit. n. Rosenow-Williams 2013) und Protest, also der demonstrativen Ablehnung von Umwelterwartungen, fungieren kann. Durch Entkopplung von tatsächlichen Zielen und Aktivitäten einerseits und öffentlicher Kommunikation andererseits schaffen sich MO-Verbände Handlungsspielräume, innerhalb derer Opportuni-

tätsstrukturen des Aufnahmekontextes genutzt werden können, ohne z. B. herkunftorientierte politische Positionen aufgeben zu müssen (vgl. Halm/Söylemez 2017, S. 230). Für Außenstehende ist die Bedienung von Ansprüchen verschiedener Quellen zumeist intransparent und kann Misstrauen erregen (siehe die oben bereits angesprochene Verbindung von transnationalen Orientierungen und Desintegrationsängsten im Hegemonialdiskurs).

Rein theoretisch ergeben sich Schwierigkeiten, sozialkonstruktivistische Ansätze mit Überlegungen aus der Rational-Choice-Theorie zusammenzuführen. Zugleich scheint aber ein Verständnis der gerade für MOs besonders herausfordernden Herstellung von Legitimität einerseits und gesamtgesellschaftlicher Anerkennung andererseits die Berücksichtigung von Aspekten beider Theoriestränge zu erfordern.

Ein konkreter Vorschlag für eine Zusammenführung verschiedener Theorieschulen in diesem Sinne findet sich in der Arbeit Blättes (2014) über den Zugang von MO-Verbänden zu politischen Entscheidungsprozessen. Sein Ausgangspunkt ist die **Wert-Erwartungs-Theorie** (*Theory of Subjective Expected Utility*, SEU-Theorie). Diese basiert als Erweiterung der klassischen Nutzentheorie (siehe Dollmann 2010, S. 20; Lindenberg 1996) auf der Annahme rationalen Handelns und konzipiert subjektiv erwarteten Nutzen als zentrales Maß dafür, als wie wichtig die Konsequenz einer Entscheidung von Akteuren eingeschätzt wird. Der Tausch von Ressourcen erfolgt demnach mit dem Ziel der Maximierung des eigenen zu erwartenden Nutzens (Blätte 2014, S. 191).

Ausgehend von diesem Mechanismus suchen Organisationen als Anbieterinnen von Ressourcen (z. B. der Integration) Zugänge ins politische Feld, während öffentliche Akteure sich zwischen der Zusammenarbeit mit verschiedenen Anbietern entscheiden können. Dabei führen unterschiedliche Ressourcen von privaten Akteuren – in unserem Fall MOs – bei öffentlichen Akteuren zu unterschiedlichen Nutzenerwartungen:

Basierend auf einem Vergleich der Nutzenerwartungen wird nur solchen Akteuren Zugang gewährt, bei denen der Nutzen der Gewährung von Zugang über den Opportunitätskosten liegt. Zugang basiert bei diesem Mechanismus auf einem Tausch und ist durch Reziprozität gekennzeichnet (Blätte 2014, S. 192).

Selbiges gilt umgekehrt für öffentliche Akteure als Anbieter von Ressourcen (Finanzierung, Anerkennung, Legitimitätszumessung) und MOs als Interessentinnen.

Gegebenenfalls kann dieser Mechanismus in einen verschärften Wettbewerb zwischen MO-Verbänden münden, indem die ohnehin bestehende Konkurrenz um Mitglieder (Klientelbindung) und Adressat*innen (Interessensvertretung) um die Finanzierungskomponente erweitert wird. Die Kommunikation des eigenen Ressourcenangebots orientiert sich somit nicht nur an den etwaigen Erwartungen potenzieller Finanziere, sondern muss auch andere MO-Akteure im Auge behalten.

Neben der Tauschlogik der SEU-Theorie sind es aber eben auch Normen und Werteorientierungen, die Einfluss auf Organisationshandeln nehmen können, so die „Logik der Angemessenheit“ (nach March/Olsen 1989). Entgegen einer rein instrumentellen Rationalität können Handlungen demnach auch entlang der für eine spezifische Situation gültigen Regeln und der Identität von Akteuren erfolgen (vgl. March/Olsen 2004, S. 4, zit. n. nach Blätte 2014, S. 49). So ist z. B. ein MO-Verband, der sich durch eine starke herkunftsnational definierte Bindung seiner Klientel auszeichnet, nicht ohne Weiteres in der Lage, herkunftslandkritische Positionen der Umwelt zu adaptieren. Ein Beispiel dafür ist die Positionierung türkisch geprägter MO-Verbände in der Debatte um die Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages 2016, wo identitäre Logiken jenseits instrumenteller Rationalität Einfluss auf das Organisationshandeln hatten und gesellschaftliches Konfliktpotenzial generierten (vgl. Halm/Söylemez 2017, S. 247).

Eine letzte theoretische Perspektive auf die Erklärung von Organisationshandeln betrifft das **Sozialkapital**. Klie verweist dabei im Rekurs auf Putnam (2000) auf die Funktionalitäten von *bridging* und *bonding social capital* im Kontext migrantischer Organisationsformen (siehe 2020, S. 125–131). Dabei fungieren Sozialkontakte, die über den engen Familien- oder Freundeskreis hinausgehen („weak ties“), als brückenbildendes („bridging“) Sozialkapital. Insofern bilden MOs, die über eine lose miteinander in Beziehung stehende Klientel verfügen, zwar weniger gegenseitiges Vertrauen innerhalb der eigenen Strukturen, bieten jedoch mehr Möglichkeiten, in Interaktion mit Akteuren und Institutionen der Umwelt zu treten (ebd., S. 128). Demgegenüber tendieren MOs mit einer stärker untereinander verbundenen Klientel („bonding“) zwar zur sozialen Schließung gegenüber der „Außenwelt“, verfügen jedoch über ausgeprägteren gruppeninternen Zusammenhalt.

Übertragen auf die Beziehungen zwischen MO-Verbänden und ihrer Klientel ist in der Folge anzunehmen, dass Verbände mit monokultureller Klientel bzw. monokulturellen Mitgliedsorganisationen mehr *bonding*-Sozi-

alkapital bilden, was die Konstruktion von Legitimität bezogen auf die eigene Basis begünstigt. Insofern dürfte hier nicht nur die Mitgliederlogik in konkreten Entscheidungen stärker ins Gewicht fallen, auch mit Blick auf Tauschhandlungen im Sinne der SEU-Theorie könnte dieses Sozialkapital strategisch eingesetzt werden (Betonung von Zugängen zur adressierten migrantischen Gruppe). Dachverbände hingegen, die herkunftsdiverse Organisationen vertreten, verfügen zwar über ein größeres Kooperationspotenzial, ihre Einflussmöglichkeit innerhalb einer „Patchwork-Community“ dürfte allerdings geringer sein.

2.6 Hypothesen

Unsere theoretischen Vorüberlegungen führen zu folgenden Hypothesen hinsichtlich der Interessenvertretung der von uns analysierten Verbände:⁴

- Grenzüberschreitende Ziele, Aktivitäten und Organisationsstrukturen: Transnationale Bezüge können insbesondere bei Verbänden, die eine spezifische Herkunft repräsentieren, die Positionierung im aufnahmegesellschaftlichen Kontext beeinflussen. Dies folgt daraus, dass die grenzüberschreitenden Orientierungen sowohl Legitimitätsfragen gegenüber Klientel und Organisationsumwelt als auch Gelegenheitsstrukturen und subjektive Nutzenwahrnehmungen beeinflussen. Mit der Ausprägung eines zur (rein nationalen) Herkunft alternativen oder zusätzlichen Selbstverständnisses (z. B. religiöses Bekenntnis, politische, humanitäre Zielsetzungen, am stärksten aber bei einer heterogenen Herkunftszusammensetzung von Klientel und Mitgliedern) sinkt die Neigung von Organisationen, herkunftsbezogene Positionen zu formulieren, wobei eine Selbstwahrnehmung, die durch starke Herkunftsbezüge geprägt ist, sich negativ auf die Nutzung von Anschlussmöglichkeiten im Aufnahmekontext auswirkt.
- Klientelbindung: Die Klientelbindung ist ein wichtiger Faktor für die Herstellung von Legitimität. Dabei müssen Klientel- und Mitgliederinteressen nicht deckungsgleich sein. Organisationen können für sich in

4 Im Vergleich zur Studie zur Positionierung und zum Claimsmaking von MOs des türkeistämmigen Spektrums in grenzüberschreitenden politischen Debatten (siehe Halm/Söylemez 2017) sind die theoretische Grundlage in der vorliegenden Studie und die darauf basierende Hypothesenbildung verändert, weil nicht nur grenzüberschreitende Themen im Mittelpunkt stehen, sondern das verbandliche Organisationshandeln insgesamt.

Anspruch nehmen, für eine bestimmte Gruppe zu sprechen, in ihrer Mitgliedschaft aber tatsächlich nur einen kleineren (schichtbezogenen, religiösen, kulturellen, weltanschaulichen, politischen, demographisch definierten) Teil dieser Gruppe repräsentieren. Zugleich dürfte die Verbindung von Klientelinteressen und Organisationshandeln bei in der Etablierungsphase befindlichen Organisationen ausgeprägter sein als bei gefestigteren Organisationen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich Klientelinteressen im Sozialintegrationsprozess wandeln. Organisationen können hierauf reagieren, indem sie diesen Wandel programmatisch mitvollziehen, oder aber auch, indem sie sich mit unveränderter Programmatik an neue Adressaten richten. Es ist davon auszugehen, dass trotz fortschreitender Sozialintegration und Einbürgerung grenzüberschreitende Bindungen migrantischer Communitys erhalten bleiben *können* und auch durch die MOs aufgegriffen werden (um Legitimität herzustellen).

- Anschluss- und Einflussmöglichkeiten: Organisationen, die bei ihrer Klientel als legitime Interessenvertreterinnen anerkannt sind und die über ein Mindestmaß an personellen und infrastrukturellen Ressourcen verfügen, reagieren auf politische Anschlussmöglichkeiten im nationalen und transnationalen Raum, um ihren Einfluss zu vergrößern; ggf. kann sich hier ein Spannungsfeld zu den Mitglieder- oder Klientelinteressen aufbauen. Dabei ist davon auszugehen, dass die deutschlandbezogenen politischen Chancen für MO-Verbände in jüngerer Zeit umfangreicher geworden sind und dieser Umstand potenziell Einfluss auf das Organisationshandeln (und die Organisationsstruktur) in Form von Kooperationen mit deutschen Akteuren nimmt. Allerdings drückt sich die tatsächliche Nutzung von Gelegenheitsstrukturen bzw. die subjektive Nutzenabwägung von Tauschbeziehungen nicht unbedingt in expliziten Interessen aus, aufgrund der möglichen Strategie der Entkopplung. Eine kritische öffentliche Wahrnehmung der Verbände verringert dabei die Möglichkeit, Legitimität über die Kooperation mit der Organisationsumwelt herzustellen.
- Endogene vs. exogene Ressourcenbildung: Die Möglichkeit zur Eigenfinanzierung jenseits öffentlicher Förderung im Aufnahmeland (ob durch Mitglieder oder grenzüberschreitende Quellen) bestimmt die „Tauschlogik“ der Verbände. Dabei sind Finanzierungsmöglichkeiten mit entscheidend für die Effektivität der Interessensvertretung, da ein gut aufgestellter Organisationsapparat die Effizienz des Organisationshandelns steigert.

- Wettbewerb: Öffentliche Finanzierungsressourcen im Aufnahmeland sind begrenzt, weshalb Verbände diesbezüglich im Wettbewerb stehen können. Wettbewerb kann aber ebenso mit Blick auf die Klientel existieren, wodurch z. B. voneinander abweichende Profilierungsstrategien der MOs entstehen können.
- Sozialkapital: Unterschiedliche Sozialkapitalformen können Nutzenerwartungen öffentlicher Akteure im Ankunftsland sowie die Bereitschaft von Verbänden beeinflussen, Tauschbeziehungen einzugehen.

